

Manuskript**Beitrag: Geldwäsche in Deutschland –
Das Versagen von Banken und Politik****Sendung vom 12. April 2016**

von Jörg Göbel und Max Löschner

Anmoderation:

Neuer Jungfernstieg 20 in bester Hamburger Lage. Die Briefkastenadresse der Berenberg Bank ist piekfein, das Geschäft mit Briefkastenfirmen weniger. In den Panama Papieren hatten die Kollegen von SZ und NDR Berenberg-Konten für Offshore-Gesellschaften entdeckt. Alles ganz legal, sagt die Bank und verweist auf ihre internen Kontrollen. Doch auf der weißen Weste gibt es offenbar dunkle Flecken. Eine ehemalige Berenberg-Mitarbeiterin hat gegenüber Frontal 21 und dem Spiegel ausgepackt. Jörg Göbel und Max Löschner über Geldwäsche in Deutschland und weichgespülte Aufsicht. Weichgespült auch von Politikern, die immer wieder hartes Durchgreifen versprechen.

Text:

Frühjahrsempfang des Bankenverbandes. Seit gestern hat er einen neuen Chef-Lobbyisten: Hans-Walter Peters, Chef der Hamburger Berenberg Bank. Er soll der skandalsebeutelten Branche einen Neuanfang bringen - mit klaren Zielen.

***O-Ton Hans-Walter Peters, Chef Berenberg Bank:
„Geldwäsche und Steuerhinterziehung ist absolut nicht
tragbar.“***

Peters betont, was eigentlich Gesetz ist - nicht mehr. Doch wie glaubwürdig ist, was der neue Bankenpräsident verspricht?

Das jüngste Problem von Peters und seiner Branche: die Panama Papers. Sie zeigen, wie intransparente Offshore-Konstrukte Geldflüsse verschleiern. Darin verwickelt ausgerechnet auch: die Berenberg Bank in Hamburg.

Das legen Tausende Dokumente aus den Panama Papers nahe. Sie hat offenbar eng mit dem Offshore-Dienstleister Mossack Fonseca aus Panama zusammengearbeitet. In veröffentlichten E-Mails von Mossack Fonseca heißt es,

Zitat:

„Es ist eine deutsche Traditionsbank mit exzellentem Ruf. Wir haben sehr gute Beziehungen mit dieser Bank und der Kundenservice ist erstklassig, daher empfehlen wir unseren Kunden diese Bank ausdrücklich.“

Nachfrage beim Chef der Berenberg Bank zu Briefkastenfirmen und Geldwäsche.

O-Ton Frontal 21:

Wie ist das bei Ihrer Bank? Wurde da immer genug getan?

O-Ton Sprecherin Bankenverband:

Also, die Berenberg Bank spielt heute keine Rolle, vielen Dank.

Frontal 21 wird ein Papier zugespielt. Darin werden Vorwürfe gegen die Berenberg Bank erhoben. Es geht um den Verdacht, nicht genug gegen Geldwäsche zu tun. Es ist die Rede von „**Briefkasten- und Scheinfirmen**“, „**Offshore-Gesellschaften**“, „**Geldwäsche**“, „**Strohänner**“.

Wir treffen eine ehemalige Mitarbeiterin der Bank. Sie war in der sogenannten Compliance-Abteilung von Berenberg tätig. Die Mitarbeiterin sollte melden, wenn sie Hinweise auf verdächtige oder gar illegale Geschäfte fand. Um sie zu schützen, haben wir sie anonymisiert.

O-Ton ehemalige Mitarbeiterin Berenberg Bank:

Offshore-Geschäfte waren Tagesgeschäft in Hamburg. Das war nichts Besonderes. Die Kontoeröffnungen für Offshore-Gesellschaften waren standardisiert. Immer wieder wurden Konten für Offshore-Gesellschaften eröffnet, auch für Panama-Gesellschaften von Mossack Fonseca.

Wir fragen bei der Berenberg Bank nach. Es gebe keine Zusammenarbeit zwischen Mossack Fonseca und der Hamburger Zentrale, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme. Da jedoch der Schifffahrtsbereich eine wichtige Rolle spiele,

Zitat:

„...wäre es nicht verwunderlich, wenn auch einige dieser Ein-Schiffs-Gesellschaften von dieser Kanzlei gegründet wurden. Dies aber ohne unser Zutun.“

Die Bank schließt also nicht aus, dass Mossack Fonseca-Verbindungen bis nach Hamburg reichen. Politiker sind empört.

O-Ton Gerhard Schick B'90/GRÜNE, MdB, finanzpolitischer Sprecher:

Der Chef der Berenberg Bank kann nach den

Veröffentlichungen, die wir haben, ja nicht mehr für ein sauberes Image des deutschen Finanzplatzes stehen und für Banken, die einen wirklichen Kulturwandel vollzogen haben. Sondern er steht für die Beteiligung auch an problematischen Geschäften.

O-Ton Lothar Binding SPD, MdB, finanzpolitischer Sprecher: Angenommen Herr Peters hat nichts gewusst, dass sein Unternehmen Offshore-Konten pflegt, Kunden entsprechend berät, dann wäre es sehr schlecht, weil er sich dann in seinem Unternehmen nicht auskennt. Das traue ich aber einem guten Vorstand nicht zu. Oder er hat es gewusst und dann wäre er beteiligt an diesen Geschäften und das wäre eigentlich noch viel schlimmer. Also, in beiden Fällen sollte er sich genau überlegen, ob er dort an der richtigen Stelle ist.

Die anonyme Mitarbeiterin erhebt weitere Vorwürfe. Vorgesetzte seien schon vor Jahren vor den Risiken der Offshore-Geschäfte gewarnt worden. Dann, im Sommer 2013, stößt die Mitarbeiterin auf eine verdächtige Überweisung einer Offshore-Konstruktion. Beteiligt ein ukrainischer Waffenlieferant. Sie schaut sich die Daten genauer an und stößt auf einen Namen, der in Geldwäsche-Kreisen sehr bekannt ist: Erik Vanagels.

O-Ton ehemalige Mitarbeiterin Berenberg Bank: Mir war bekannt, dass dieser Name in Zusammenhang mit der Organisierten Kriminalität steht. Also als Strohmännchen für Drogengeschäfte, Korruption oder illegalen Waffenlieferungen. Deswegen habe ich diese Transaktion als verdächtig eingestuft.

Erik Vanagels wird als Firmenchef in Offshore-Konstruktionen eingesetzt, damit die wahren Besitzer im Verborgenen bleiben. In Wirklichkeit ist er ein obdachloser Lette, dessen Identität von einem Geldwäsche-Netzwerk genutzt wird.

Die Mitarbeiterin recherchiert weiter. Vanagels und Dutzende weitere Strohmänner scheinen Teil dieses Netzwerks. Ihre Namen sind Geldwäscheexperten seit Jahren bekannt. Und einige dieser Namen findet die Mitarbeiterin auch in den Bankunterlagen.

O-Ton ehemalige Mitarbeiterin Berenberg Bank: Ich habe dann sieben weitere Kundengruppen untersucht. Und bei sechs Kundengruppen habe ich ebenfalls Hinweise auf das Geldwäsche-Netzwerk gefunden.

Rüdiger Quedenfeld war jahrelang Chef der Compliance-Abteilung einer deutschen Großbank. Für ihn hat die Mitarbeiterin richtig gehandelt.

O-Ton Rüdiger Quedenfeld, Rechtsanwalt, Schwerpunkt

Wirtschaftskriminalität:

Wenn ich eine Vanagels-Verbindung, Geschäftsbeziehung habe im eigenen Haus, die zweifelhaft ist, und dann noch ein ukrainischer Waffenlieferant dort als Kunde dazukommt, dann genügt das, dass ich dort eine Geldwäscheverdachtsmeldung abgebe, weil das sind höchst zweifelhafte Geschäfte, die ich als Bank, als deutsche Bank auf keinen Fall unterstützen kann.

Schwere Vorwürfe und schwere Verdachtsmomente. Die Berenberg Bank weist alles zurück,

Zitat:

„Alle unsere Geschäfte sind zu 100 Prozent sauber. Es gibt kein einziges Depot, von dem wir den Menschen dahinter, den wirtschaftlich Berechtigten, nicht kennen ... Wir arbeiten absolut legal.“

Die Mitarbeiterin meldet die Ergebnisse, wie gesetzlich vorgeschrieben. Doch weder die Bank noch von ihr beauftragte Wirtschaftsprüfer sehen den Geldwäscheverdacht bestätigt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, stellt das Verfahren ein, weil sich keine Anhaltspunkte für konkrete Straftaten feststellen lassen können,

Zitat:

„Es bestanden (...) hauptsächlich Bezüge in die Ukraine, aus der jedoch keinerlei Hintergrundinformationen über die betreffenden Geschäfte erlangt werden können.“

Fest steht: Von rund 25.000 Geldwäsche-Hinweisen, die jährlich bei deutschen Behörden eingehen, führen laut Bundeskriminalamt nur etwa 300 zu einer Verurteilung.

O-Ton Rüdiger Quedenfeld, Rechtsanwalt, Schwerpunkt**Wirtschaftskriminalität:**

Die Staatsanwaltschaften in der Bundesrepublik sind genauso wie die Landeskriminalämter hoffnungslos überfordert. Und Geldwäsche-Verdachtsmeldungen mit Bezug ins Ausland werden in der Regel immer schnell eingestellt, wenn sie nicht medienwirksam sind und entsprechend dann auch ausgeschlachtet werden können.

Die Mitarbeiterin der Berenberg Bank beschwert sich bei der BaFin, der deutschen Finanzaufsicht. Die soll die Banken überwachen und beauftragt im Fall Berenberg ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Zu den Ergebnissen darf sie nichts sagen. Finanzpolitiker kritisieren die BaFin als zu schwach.

O-Ton Gerhard Schick B'90/GRÜNE, MdB, finanzpolitischer Sprecher:

Wir brauchen eine Bankenaufsicht, die auch wirklich die

politische Rückendeckung vom Bundesfinanzminister hat, an diesen Stellen durchzugreifen. Also, dass es nicht nur ein formales Abchecken ist, an der Oberfläche, sondern dass man da wirklich reingeht im Zusammenspiel mit den Sicherheitsbehörden und durchsetzt, dass deutsche Banken nicht Teil einer internationalen Verschleierungsmaschine sind.

Die maximale Strafe, die die BaFin zwischen 2010 und 2015 im Zusammenhang mit Geldwäsche verhängt hat: gerade mal 25.000 Euro. Auf Nachfrage teilt sie mit,

Zitat:

„Die BaFin handelt, was die Geldwäscheprävention im deutschen Finanzsektor angeht, keinesfalls zurückhaltend.“

Dagegen müssen deutsche Banken im Ausland immer wieder Strafen zahlen, in Millionen- und sogar Milliardenhöhe.

Bei der Berenberg Bank bekommt die aufmerksame Mitarbeiterin Probleme. Es folgen bald Hausverbot und eine Kündigung. Ebenso für eine weitere Kollegin. Auf Nachfrage schreibt die Bank: Die Kündigung sei erfolgt, weil sie sich geweigert hätten, mit ihren Vorgesetzten zusammenzuarbeiten und Kollegen diskreditiert hätten. Weiter heißt es,

Zitat:

„Wir haben die zuständigen Behörden umgehend informiert und mit diesen zusammen die Vorwürfe geklärt. (...) Sie haben uns alle bestätigt, dass wir die gesetzlichen Anforderungen vollumfänglich erfüllen.“

Die EU-Kommission hat festgestellt, dass in verschiedenen Banken eine Reihe von Mitarbeitern, die einen Verdacht auf Geldwäsche gemeldet hatten, bedroht oder angefeindet wurden.

O-Ton Sebastian Fiedler, Bund Deutscher Kriminalbeamten: Was im Grunde hier gewährleistet sein muss, ist, dass diejenigen die intern tatsächlich die Regelüberwachung zu verantworten haben in deutschen Bankinstituten, dass die auch arbeitsrechtlich geschützt sind, wenn sie tatsächlich ihrer Arbeit nachgehen. Und nur das kann nämlich dafür sorgen, dass auch die Bankvorstände tatsächlich auf diesem Weg gezwungen werden, sich an die Regeln zu halten. Das geschieht nämlich aktuell derzeit leider nicht hinreichend.

Der deutsche Finanzminister hat angekündigt, das Geschäft mit Briefkastenfirmen einzuschränken, Geldwäsche stärker zu bekämpfen – wieder einmal. Ein Zehn-Punkte-Plan soll es diesmal richten. Leute vom Fach glauben nicht so recht daran.

O-Ton Rüdiger Quedenfeld, Rechtsanwalt, Schwerpunkt

Wirtschaftskriminalität

Herr Schäuble hat jahrelang verhindert, dass Kapitalflucht in die Niederlande, nach Luxemburg, nach Liechtenstein verhindert wird, aufgedeckt werden muss. Und man betreibt auch jetzt nicht ernsthaft die Geldwäschebekämpfung. Das ist unter den Kollegen bekannt. Wir erleben es tagtäglich, wie wir dort ganz einfach auch oft gegen Windmühlenflügel kämpfen.

Die Banken und der Neuanfang - wenn Wolfgang Schäuble sie nicht zwingt, wird es dazu nicht kommen.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.